

## II

(Mitteilungen)

## MITTEILUNGEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION

## RAT

**Gemeinsamer Fortschrittsbericht 2008 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ — „Wissen, Kreativität und Innovation durch lebenslanges Lernen“**

(2008/C 86/01)

## 1. EINLEITUNG

Allgemeine und berufliche Bildung sind für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel von maßgeblicher Bedeutung. Für die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen ist ein Maß an Flexibilität und Sicherheit erforderlich, das sich nur dann erreichen lässt, wenn alle Bürger Schlüsselkompetenzen erwerben und sich während ihres gesamten Lebens kontinuierlich weiterbilden <sup>(1)</sup>. Lebenslanges Lernen fördert Kreativität und Innovation und ermöglicht den Bürgern eine uneingeschränkte Teilhabe an Wirtschaft und Gesellschaft.

Aus diesen Gründen hat sich der Rat im Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ ehrgeizige Ziele gesetzt, die wiederum die Umsetzung der Lissabon-Agenda für Wachstum und Beschäftigung unterstützen. Diese Ziele können nur durch kontinuierliche, langfristige Bemühungen erreicht werden. Dabei ist das Fortschrittstempo zwangsläufig nicht immer konstant. Deshalb erstellen der Rat und die Kommission alle zwei Jahre einen Gemeinsamen Bericht, um eine Bilanz des bisher Erreichten zu ziehen und die Bemühungen in den Bereichen, in denen die Entwicklung nicht unbedingt plangemäß verläuft, zu intensivieren.

Im vorliegenden Beitrag zum dritten Gemeinsamen Bericht <sup>(2)</sup> wird deutlich, dass bei der Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung bereits erhebliche Fortschritte erzielt wurden, dass es aber auch noch große Herausforderungen gibt. So bedarf es in folgenden Bereichen besonderer Anstrengungen:

- Anhebung der Qualifikationsniveaus: Menschen mit geringem Qualifikationsniveau laufen Gefahr, wirtschaftlich und sozial ausgegrenzt zu werden. Die weiterhin hohen Schulabbrecherzahlen, die geringe Beteiligung älterer Arbeitnehmer am lebenslangen Lernen und das geringe Qualifikationsniveau bei Migranten geben in den meisten Ländern Anlass zur Besorgnis. Zudem werden die Arbeitsmärkte in der wissensbasierten Wirtschaft künftig noch höhere Qualifikationen erfordern, und dies bei gleichzeitigem Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Geringe Qualifikationen werden somit eine immer größere Herausforderung darstellen,

<sup>(1)</sup> Mitteilung der Kommission „Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit“ (KOM(2007) 359).

<sup>(2)</sup> Dieser Bericht basiert hauptsächlich auf der Analyse der nationalen Berichte und der Leistungen, gemessen anhand der Indikatoren und Benchmarks. Siehe Anhang 2 und SEK(2007) 1284 („Progress towards the Lisbon objectives in education and training. Indicators and benchmarks 2007“). Ferner stützt er sich auf die Ergebnisse der offenen Methode der Koordinierung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (insbesondere Einsatz der EU-Referenzinstrumente) sowie auf die Ergebnisse der Peer-Learning-Maßnahmen zur Unterstützung der Reformen in den Mitgliedstaaten und ähnliche Mechanismen für den Erfahrungsaustausch im Rahmen der Kopenhagen- bzw. Bologna-Prozesse. Erster Gemeinsamer Bericht siehe Ratsdokument 6905/04 EDUC 43; zweiter Bericht siehe ABl. C 79 vom 1.4.2006, S. 1.

- Strategien für lebenslanges Lernen: Die meisten Länder sind bei der Festlegung einheitlicher, bereichsübergreifender Strategien vorangekommen. Dort, wo es solche umfassenden Strategien gibt, sind Fortschritte in der Vorschulbildung, bei den Qualifikationsrahmen und bei der Validierung des nichtformalen und informellen Lernens festzustellen. In vielen Ländern fehlt es jedoch nach wie vor an innovativen Lernpartnerschaften und an der nachhaltigen Finanzierung einer qualitativ hochwertigen, effizienten und gerechten allgemeinen und beruflichen Bildung <sup>(1)</sup>. **Hinzu kommt, dass die Investitionen offensichtlich nicht mehr so stark ansteigen.** Zudem muss ein besonderes Augenmerk auf die lebenslange Bildungsberatung gerichtet werden. Eine große Herausforderung für alle Akteure ist es deshalb, dafür zu sorgen, dass die Reformen wirksam umgesetzt werden,
- das Wissensdreieck (Bildung, Forschung und Innovation): Das Wissensdreieck ist für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung von zentraler Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, den Reformprozess zu beschleunigen, herausragende Leistungen von Hochschulen sowie Partnerschaften zwischen Hochschulen und Unternehmen zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung voll zur Förderung von Kreativität und Innovation beitragen.

## 2. BEREICHE, IN DENEN FORTSCHRITTE ZU VERZEICHNEN SIND

Europa kann in mehreren Bereichen Fortschritte verzeichnen. Das bedeutet nicht, dass diese Fortschritte einheitlich sind oder dass die Beteiligten in ihren Anstrengungen nachlassen dürfen. Vor allem das Tempo der Reformen ist weiterhin eine große Herausforderung. In den nachfolgend genannten Bereichen haben jedoch die meisten Länder Reformen umgesetzt oder in die Wege geleitet.

### 2.1. Strategien für lebenslanges Lernen und Qualifikationssysteme

Die Mehrheit der Länder hat explizite Strategien für lebenslanges Lernen <sup>(2)</sup> entwickelt, in denen die nationalen politischen Prioritäten und die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen festgelegt sind <sup>(3)</sup>.

Die meisten dieser Länder verfolgen dabei ein umfassendes Konzept des lebenslangen Lernens, das alle Arten und Stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung abdeckt. Einige konzentrieren sich jedoch auf die formalen Bildungssysteme oder auf den Ausbau bestimmter Phasen des lebenslangen Lernens.

Einiges deutet darauf hin, dass sich die Politik im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zunehmend auf solide wissenschaftliche Fakten stützt <sup>(4)</sup>. Dies ist notwendig für die Gesamtkohärenz der Systeme und eine optimale Ressourcenzuteilung. Dass manche Länder der Förderung flexibler Lernwege und der Durchlässigkeit der verschiedenen Bereiche des Systems Priorität einräumen, trägt ebenfalls zur Steigerung der Kohärenz bei.

#### *Qualifikationsrahmen und Validierung des nichtformalen und informellen Lernens*

In den meisten Ländern werden nationale Qualifikationsrahmen entwickelt, die mit dem neuen Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen <sup>(5)</sup> verknüpft sind <sup>(6)</sup>. Damit verlagert sich der Schwerpunkt auf die Lernergebnisse.

Zugleich werden — wenn auch langsamer — Systeme für die Validierung des nichtformalen und informellen Lernens eingerichtet <sup>(7)</sup>. Nun besteht die Herausforderung darin, den Übergang von der Erprobung zur allgemeinen Anwendung in den nationalen Qualifikationssystemen zu schaffen, und dabei insbesondere den Zugang zur Hochschulbildung sowie den Zugang von gering qualifizierten und älteren oder arbeitslosen Arbeitnehmern zu allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu fördern.

In Portugal wurde im Jahr 2000 ein landesweites Netz von Zentren für die Anerkennung, Validierung und Zertifizierung von Kompetenzen eingerichtet. Derzeit durchlaufen fast 250 000 Erwachsene den Validierungsprozess. Die Zentren bewerten und validieren Kompetenzen für spezifische Qualifikationen. Der Zertifizierungsprozess umfasst auch eine Untersuchung durch ein externes Gremium und erforderlichenfalls eine ergänzende Fortbildung.

<sup>(1)</sup> Mitteilung der Kommission „Effizienz und Gerechtigkeit in den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung“ (KOM(2006) 481).

<sup>(2)</sup> Der Rat hatte sich darauf verständigt, dass die Mitgliedstaaten bis 2006 kohärente und umfassende Strategien für lebenslanges Lernen einführen sollten (Entschließung des Rates zum lebensbegleitenden Lernen vom Juni 2002, Gemeinsamer Bericht 2004, Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2005).

<sup>(3)</sup> Siehe Anhang 1.

<sup>(4)</sup> Belgien, Deutschland, Estland, Griechenland, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Bulgarien, Zypern, Spanien, Irland und Türkei sehen dies als Voraussetzung für ihre Strategien. Siehe auch SEK(2007) 1098 („Towards more knowledge-based policy and practice in education and training“).

<sup>(5)</sup> KOM(2006) 479.

## 2.2 Vorschulbildung

Die Bedeutung der Vorschulbildung wird in ganz Europa zunehmend anerkannt. Bei der Entwicklung neuer Konzepte und Strategien wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Vorschulbildung sowohl zur Effizienz als auch zur Gerechtigkeit der Bildung beitragen kann. Die konkreten Maßnahmen umfassen beispielsweise Folgendes: Überarbeitung der Lehrpläne <sup>(1)</sup>, Verbesserung der Kompetenzen der Lehrkräfte <sup>(2)</sup>, Ausdehnung der Pflichtschulzeit auf einen Teil der Vorschulbildung <sup>(3)</sup>, Qualitätsbewertungen <sup>(4)</sup> sowie höhere Investitionen (z. B. durch die Einstellung zusätzlichen Personals in den Vorschulen) <sup>(5)</sup>.

In mehreren Ländern wurden erfolgreich Pilotprojekte und -programme durchgeführt. Nun besteht die Herausforderung darin, mit Hilfe verstärkter Investitionen (beispielsweise in qualifiziertes Personal) den Schritt von den Pilotmaßnahmen hin zur generellen Anwendung zu schaffen.

In der Zeit von 2000 bis 2005 stieg der Anteil der an der Vorschulbildung teilnehmenden 4-Jährigen in der EU-27 um 3 Prozentpunkte auf über 85 % <sup>(6)</sup>.

## 2.3. Hochschulen: eine klare Rolle in der Lissabon-Agenda

Die Modernisierung der Hochschulbildung ist für das Wissensdreieck und die Lissabon-Strategie von zentraler Bedeutung. Management, Finanzierung und Attraktivität der Hochschulen rücken auf europäischer und nationaler Ebene zunehmend in den Blickpunkt, wodurch die Bologna-Reformen ergänzt werden.

Bei der Verbesserung der Hochschulautonomie wurden beträchtliche Fortschritte erzielt, etwa in puncto finanzielle Unabhängigkeit und neue Mechanismen der Eigenverantwortung. Derzeit werden neue Modelle für die Einbindung der betroffenen Kreise — vor allem in das Hochschulmanagement, aber auch in die Lehrplanentwicklung <sup>(7)</sup> und die Definition von Lernergebnissen <sup>(8)</sup> — erprobt.

Der Cluster „Hochschulbildung“ erarbeitet momentan ein Kompendium vorbildlicher Verfahren für die Modernisierung von Hochschulen, das sich sowohl an die Politik als auch an die breitere Öffentlichkeit richtet.

## 2.4. Allgemeine und berufliche Bildung im Rahmen der allgemeinen EU-Politik

Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten misst der Weiterentwicklung der allgemeinen und beruflichen Bildung und dem Kompetenzaufbau in ihren nationalen Lissabon-Reformprogrammen für die Zeit von 2005 bis 2008 große Bedeutung bei. So spielen diese Aspekte bei der Umsetzung der integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung eine maßgebliche Rolle.

Umfassende Fortschritte wurden bei der Verknüpfung der operationellen Programme der Strukturfonds mit den Prioritäten des Programms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ erreicht. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die vereinbarten Indikatoren und Benchmarks.

Bei der Entwicklung europäischer Referenzinstrumente sind ebenfalls positive Ergebnisse zu verzeichnen. In den Jahren 2006 und 2007 haben das Europäische Parlament und der Rat Empfehlungen in den Bereichen Schlüsselkompetenzen, Qualität der Mobilität und Qualitätssicherung in der Hochschulbildung angenommen. Auch die Verhandlungen über den Europäischen Qualifikationsrahmen sind mittlerweile abgeschlossen.

Auch bei der Umsetzung der im Aktionsplan zur Förderung des Sprachenlernens 2004-2006 angekündigten Maßnahmen haben die Kommission und die Mitgliedstaaten im Allgemeinen beträchtliche Fortschritte erzielt <sup>(9)</sup>.

<sup>(1)</sup> Deutschland, Dänemark, Griechenland.

<sup>(2)</sup> Tschechische Republik.

<sup>(3)</sup> Zypern, Dänemark, Griechenland, Polen.

<sup>(4)</sup> Spanien, Litauen, Kroatien, Norwegen.

<sup>(5)</sup> Österreich, Belgien, Zypern, Deutschland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Ungarn, Malta, Niederlande, Polen, Schweden, Slowakei, Vereinigtes Königreich, Kroatien, Island, Norwegen.

<sup>(6)</sup> Siehe Anhang 2.

<sup>(7)</sup> Zypern.

<sup>(8)</sup> Bulgarien, Luxemburg, Schweden, Türkei.

<sup>(9)</sup> Arbeitsdokument der Kommission „Bericht über die Durchführung des Aktionsplans ‚Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt 2004-2006“ (KOM (2007) 554 endg./2).

### 3. BEREICHE, IN DENEN DIE FORTSCHRITTE UNZUREICHEND SIND

#### 3.1. Praktische Umsetzung des lebenslangen Lernens

Die praktische Umsetzung der Strategien für lebenslanges Lernen ist nach wie vor die größte Herausforderung. Sie erfordert ein großes Engagement der betroffenen Einrichtungen, Koordination sowie Partnerschaften mit allen betroffenen Kreisen. Nur durch fortwährende Bemühungen lassen sich Absichten in Strategien umsetzen, die ihrerseits Ergebnisse liefern. Geeignete Maßnahmen zur Informationsverbreitung sowie bessere Investitionen spielen hier eine wichtige Rolle. Insgesamt bleibt noch viel zu tun.

Die positive Entwicklung, die zwischen 2000 und 2003 bei den öffentlichen Ausgaben für Bildung zu verzeichnen war, hat sich 2004 offenbar nicht fortgesetzt.

Zwischen 2000 und 2003 stieg der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP in der EU von 4,7 % auf 5,2 % an, ging im Jahr 2004 jedoch wieder auf 5,1 % zurück. Außerdem sind bei den Ausgaben weiterhin große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern festzustellen (zwischen 3,3 % des BIP in Rumänien und 8,5 % in Dänemark). Die privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen (Anteil am BIP) haben seit 2000 leicht zugenommen; 2004 verlangsamte sich die Entwicklung jedoch wieder <sup>(1)</sup>.

Die EU-Benchmarks schlugen sich zwar in einigen Ländern in nationalen Zielvorgaben nieder, doch haben noch nicht alle Länder solche Zielvorgaben festgelegt <sup>(2)</sup>.

#### 3.2. Grundfertigkeiten für alle

In Bezug auf Schulabbrecher, den Abschluss der Sekundarstufe II und Schlüsselkompetenzen bestehen nach wie vor große Probleme. Seit 2000 wurden zu geringe Fortschritte erzielt, als dass die EU-Benchmarks bis 2010 erreicht werden könnten. In manchen Ländern hat sich die Situation zwischen 2000 und 2006 sogar verschlechtert. In mehreren Ländern war der Anteil der Schulabbrecher im Jahr 2006 mit mehr als 20 % noch sehr hoch. Was die Schüler mit schlechten Leseleistungen betrifft, so wurden nicht bessere, sondern schlechtere Ergebnisse erzielt.

In Europa verlassen viel zu viele junge Menschen das Bildungssystem, ohne über die Kenntnisse und Fähigkeiten zu verfügen, die sie zur Teilhabe an der Wissensgesellschaft und für einen reibungslosen Übergang in das Erwerbsleben benötigen <sup>(3)</sup>. Sie laufen Gefahr, sozial ausgegrenzt zu werden, und sind schon im jungen Alter praktisch vom lebenslangen Lernen ausgeschlossen.

Schulabbrecher: Noch immer besitzt in der EU-27 jeder sechste junge Mensch (15,3 %) zwischen 18 und 24 Jahren beim Verlassen der Schule allenfalls einen Abschluss der Sekundarstufe I und nimmt danach an keinerlei Bildungs- oder Berufsbildungsmaßnahmen teil. Um diesen Anteil bis 2010 auf die EU-Benchmark von 10 % zu senken, müssen schneller Fortschritte erzielt werden.

In Bezug auf den Abschluss der Sekundarstufe II waren langsame, aber kontinuierliche Fortschritte zu verzeichnen. In den letzten Jahren ist der Anteil der Schüler, die die Sekundarstufe II abschließen, leicht gestiegen; die Zielvorgabe für 2010 (mindestens 85 % der 22-Jährigen sollten mindestens die Sekundarstufe II abschließen) kann damit jedoch nicht erreicht werden.

Nach der EU-Benchmark soll der Anteil der 15-Jährigen mit schlechten Leseleistungen bis 2010 im Vergleich zum Jahr 2000 unionsweit um 20 % sinken; tatsächlich ist er jedoch zwischen 2000 und 2006 noch gestiegen <sup>(4)</sup>.

In den Benchmark-Bereichen weisen Migranten und Angehörige benachteiligter Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in den meisten Ländern schlechtere Leistungen auf <sup>(4)</sup>. Deshalb muss diesen Gruppen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ihre Integration in die Vorschulbildung würde das Erlernen der Landessprache erleichtern und ihre Aussicht auf eine erfolgreiche Schullaufbahn verbessern.

Die bestehenden Initiativen zur Verhinderung des Schulabbruchs und zur Bekämpfung sozioökonomischer Benachteiligungen müssen ergänzt werden, etwa durch außerschulische Aktivitäten (z. B. in den Bereichen Kultur und Sport), lokale Partnerschaften, eine bessere Einbindung der Eltern, Lernangebote für die Eltern und durch Maßnahmen zur Verbesserung des Schulklimas für Schüler und Lehrkräfte.

<sup>(1)</sup> Siehe Anhang 2.

<sup>(2)</sup> Siehe Anhang 1.

<sup>(3)</sup> Mitteilung der Kommission „Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft“ (KOM(2007) 498).

<sup>(4)</sup> SEK(2007) 1284, S. 50 und 75.

### 3.3. Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften

Kein anderer schulinterner Faktor beeinflusst die Leistungen der Schüler so sehr wie die Qualität der Lehrerbildung <sup>(1)</sup>.

Lehrkräfte und Ausbilder sind mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert: zunehmende Heterogenität der Klassen, neue Kompetenzanforderungen und Notwendigkeit, besser auf die individuellen Lernbedürfnisse der Schüler einzugehen. Auch bringt die zunehmende Autonomie der Schulen neue Aufgaben mit sich.

In naher Zukunft müssen zahlreiche ältere Lehrkräfte ersetzt werden, weshalb die Attraktivität des Lehrberufs verbessert werden muss.

In ihrer derzeitigen Form vermitteln die Aus- und Weiterbildungssysteme den Lehrkräften jedoch nicht die Kompetenzen, die sie an der Schule benötigen. Dies gilt insbesondere für die Weiterbildung der Lehrer und die Unterstützung ihrer beruflichen Entwicklung. Die Weiterbildung für Lehrkräfte ist in elf Mitgliedstaaten Pflicht.

### 3.4. Hochschulbildung: Spitzenleistungen, Partnerschaften und Finanzierung

Die Länder schenken dem Ausbau der Rolle der Hochschulen für Forschung und Innovation inzwischen mehr Beachtung, und immer häufiger kommt es zu Partnerschaften zwischen Hochschulen und Unternehmen. In vielen Ländern bleibt hier jedoch noch viel zu tun <sup>(2)</sup>.

Bei Maßnahmen zur Förderung von Spitzenleistungen in der Hochschulbildung sollten Lehre, Forschung und Wissenstransfer im Mittelpunkt stehen. Derzeit findet die Lehre oft zu wenig Beachtung. Das vorgeschlagene Europäische Innovations- und Technologieinstitut <sup>(3)</sup> — das sich zu einem Referenzmodell für die Integration von Lehre, Forschung und Innovation entwickeln soll — wird Anstöße für Veränderungen in Lehr- und Forschungseinrichtungen geben.

In Deutschland haben die Länder und die Bundesregierung eine Exzellenzinitiative ins Leben gerufen, in deren Rahmen zwischen 2006 und 2011 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,9 Mrd. EUR bereitgestellt werden, um die Spitzenforschung an Hochschulen zu fördern. Die Hochschulen werden im Rahmen eines Wettbewerbs ausgewählt. Die Initiative umfasst drei Förderlinien: Graduiertenschulen, Cluster für die Kooperation zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie umfassende Konzepte für Hochschulen, an denen Spitzenforschung betrieben wird.

Die Steigerung der Investitionen, auch von privater Seite, ist weiterhin eine große Herausforderung. Überdies muss Chancengleichheit beim Zugang zu einer breiten Palette von Studien- und Forschungsprogrammen gewährleistet werden. Mehrere Regierungen haben Instrumente zur Unterstützung privater Investitionen geschaffen, z. B. steuerliche Anreize <sup>(4)</sup>, Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und Sponsoring-Programme <sup>(5)</sup>; einige haben Studien- bzw. Einschreibungsgebühren eingeführt oder diese Gebühren erhöht <sup>(6)</sup>.

Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen (Lehre und Forschung) in der EU-27 beliefen sich im Jahr 2004 auf 1,1 % des BIP. Dabei reichte das Spektrum von 0,6 % (Malta) bis 2,5 % (Dänemark). Allerdings bleibt die EU mit diesen Ausgaben insgesamt weit hinter den Vereinigten Staaten zurück. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in den USA der Anteil der privaten Investitionen sieben mal höher ist. Die Ausgaben pro Hochschulstudent betragen in den USA mehr als das Doppelte des EU-Durchschnitts <sup>(7)</sup>.

Bei der Stärkung der Unabhängigkeit und Eigenverantwortung der Hochschulen wurden zwar Fortschritte erzielt, jedoch deutet nur wenig darauf hin, dass Hochschulpersonal und -manager bei der Bewältigung dieser Herausforderung angemessen unterstützt werden.

### 3.5. Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen

Bei der Beteiligung der Erwachsenen am lebenslangen Lernen sind die Fortschritte inzwischen für die Erreichung der EU-Benchmark zu gering. Es müssen weiter große Anstrengungen unternommen werden, um das Qualifikationsniveau der Bevölkerung anzuheben und auf dem gesamten Arbeitsmarkt für Flexibilität und Sicherheit zu sorgen.

<sup>(1)</sup> Mitteilung der Kommission „Verbesserung der Lehrerbildung“ (KOM(2007) 392).

<sup>(2)</sup> Vorbildliche Praktiken sind in den nordischen Ländern und im Vereinigten Königreich anzutreffen.

<sup>(3)</sup> KOM(2006) 604 endg./2.

<sup>(4)</sup> Spanien, Schweden, Slowenien, Slowakei, Türkei.

<sup>(5)</sup> Österreich, Frankreich, Ungarn, Irland, Luxemburg, Lettland, Vereinigtes Königreich.

<sup>(6)</sup> Österreich, Deutschland, Irland, Niederlande, Slowenien, Vereinigtes Königreich, Kroatien.

<sup>(7)</sup> SEK(2007) 1284, S. 67.

Bis 2005 verliefen die Fortschritte in Richtung der EU-Benchmark (Teilnahmequote von 12,5 %) weitgehend plangemäß<sup>(1)</sup>. Im Jahr 2006 beteiligten sich jedoch nur durchschnittlich 9,6 % der Europäer zwischen 25 und 64 Jahren an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, was gegenüber 2005 einen Rückgang darstellt. Zudem verschleiert dieser Gesamtwert ein erhebliches Ungleichgewicht: Bei Erwachsenen mit hohem Bildungsstand ist die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme am lebenslangen Lernen sechsmal höher als bei gering qualifizierten Erwachsenen.

Angesichts der allgemein schon niedrigen Teilnahmequote für die Gesamtbevölkerung ist die schwache Beteiligung älterer und gering qualifizierter Arbeitnehmer besonders problematisch<sup>(2)</sup>. Zudem ist unter den Migranten der Anteil gering qualifizierter Arbeitnehmer besonders hoch. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des Wandels der Arbeitsmärkte wird jedoch die Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitnehmern steigen, und es wird weniger Beschäftigungsmöglichkeiten für gering qualifizierte Arbeitskräfte geben. Deshalb muss dieser Gruppe verstärkt Beachtung geschenkt werden.

### 3.6. Attraktivität, Qualität und Relevanz der beruflichen Bildung

Qualität und Attraktivität der beruflichen Bildung müssen weiter verbessert werden. Dies zählt zu den zentralen Prioritäten des Kopenhagen-Prozesses<sup>(3)</sup>.

Einige Länder haben bereits moderne, umfassende Qualitätssicherungssysteme eingerichtet<sup>(4)</sup>, während sich andere noch in der Entwicklungsphase befinden<sup>(5)</sup>.

Da für Berufsbildungsprogramme und Qualifikationen zunehmend Konzepte herangezogen werden, die auf Lernergebnissen basieren, gewinnt die berufliche Bildung auf dem Arbeitsmarkt an Bedeutung. Dass auch den Auszubildenden, der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen und dem praxisorientierten Lernen wieder ein größerer Stellenwert beigemessen wird, ist ebenfalls positiv zu werten. Bei der Prognostizierung des Bedarfs an Fachkenntnissen und Qualifikationen sind jedoch kaum Fortschritte zu verzeichnen.

Die berufliche Bildung leidet zuweilen an einer mangelnden Integration in das übrige Bildungssystem. Eine solche Integration kann dazu beitragen, potenzielle Abbrecher in der allgemeinen oder beruflichen Bildung zu halten; schließlich werden in den unteren Stufen der Schulbildung die für den Einstieg in die Berufsbildung benötigten Schlüsselkompetenzen vermittelt. Zwar haben einige Mitgliedstaaten<sup>(6)</sup> die lebenslange Bildungsberatung zur politischen Priorität erklärt, doch muss noch mehr darauf geachtet werden, die Beratung für Erwachsene zu intensivieren. Außerdem müssen auch bei der Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Weiter- bzw. Hochschulbildung Fortschritte erzielt werden.

### 3.7. Grenzüberschreitende Mobilität

Bei der Einführung und Nutzung des Europasses<sup>(7)</sup> sind gute Fortschritte zu verzeichnen. Dennoch wird die grenzüberschreitende Mobilität von Lernenden weiterhin hauptsächlich im Rahmen von EU-Programmen gefordert. Die meisten nationalen Maßnahmen sind auf die Hochschulbildung ausgerichtet. Die Mobilität im Bereich der Berufsbildung ist offenbar besonders schwer zu realisieren.

An der Universität Luxemburg ist Auslandsmobilität Pflicht. Alle Studierenden von Bachelor-Programmen müssen einen Teil ihres Studiums im Ausland absolvieren.

## 4. BLICK NACH VORN

### 4.1. Mehr Effizienz und Gerechtigkeit durch lebenslanges Lernen

Was ihre Kohärenz und ihren Umfang betrifft, so weisen die Strategien für lebenslanges Lernen noch immer große Lücken auf. Die Herausforderung besteht nun in der Umsetzung, die in vielen Fällen gerade erst begonnen hat. Um glaubwürdig zu sein, müssen die Strategien mit politischen Maßnahmen verknüpft werden. Auch müssen die staatlichen Stellen in der Lage sein, Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Ferner muss es ihnen gelingen, nationale Einrichtungen und die betroffenen Kreise auf allen Ebenen im Rahmen von Lernpartnerschaften zu mobilisieren.

<sup>(1)</sup> Dieses Ergebnis kam allerdings nur aufgrund einer Änderung der Erhebungsmethode in mehreren Ländern zustande, wodurch die Fortschritte überschätzt wurden. Siehe Anhang 2.

<sup>(2)</sup> SEK(2007) 1284, S. 81.

<sup>(3)</sup> Schlussfolgerungen des Rates zu den künftigen Prioritäten einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung. Ratsdokument 14474/06 vom 30. Oktober 2006.

<sup>(4)</sup> Österreich, Deutschland, Dänemark, Finnland, Irland, Schweden, Norwegen.

<sup>(5)</sup> Bulgarien, Tschechische Republik, Spanien, Frankreich, Luxemburg, Malta, Slowenien.

<sup>(6)</sup> Frankreich, Italien.

<sup>(7)</sup> Entscheidung Nr. 2241/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004, ABl. L 390 vom 31.12.2004, S. 6.

### *Ausbau der Wissensbasis*

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen bildungspolitischer Maßnahmen müssen eingehender erforscht werden <sup>(1)</sup>. Beim Aufbau der europäischen und nationalen Wissensbasis zu Politik und Praxis der allgemeinen und beruflichen Bildung sollte das Streben nach Effizienz und Gerechtigkeit im Vordergrund stehen.

Peer Learning und der Erfahrungsaustausch zwischen Politikern und Stakeholdern können wichtige Erkenntnisse liefern und sollten unterstützt werden. Auch sollte die Entwicklung und Umsetzung der Strategien für lebenslanges Lernen weiter überwacht werden, so dass im Gemeinsamen Bericht 2010 eine Bilanz der Fortschritte gezogen werden kann.

### *Nachhaltige Investitionen*

Ausschlaggebend sind nach wie vor die Höhe, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Investitionen. Viele Länder experimentieren mit neuen Instrumenten und Anreizen für private Investitionen, die sich u. a. an Einzelpersonen, Haushalte und Arbeitgeber richten. Diese Anstrengungen müssen verstärkt werden.

### *Anhebung der Qualifikationsniveaus*

Größere Investitionen in die frühe Bildung zahlen sich im Hinblick auf Effizienz und Gerechtigkeit am stärksten aus <sup>(2)</sup>. Durch den frühzeitigen Erwerb von Schlüsselkompetenzen wird die Grundlage für das weitere Lernen gelegt; dies führt zu mehr Gerechtigkeit bei den Bildungsergebnissen und zu einer Anhebung des allgemeinen Qualifikationsniveaus. Zudem wird der Übergang ins Erwerbsleben erleichtert und es werden Qualifikationsdefizite vermieden.

Nach wie vor gibt es einen Mangel an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Deshalb muss auch künftig versucht werden, mehr Menschen für wissenschaftliche und technische Studienfächer zu gewinnen.

Allerdings müssen Image, Status und Attraktivität der beruflichen Bildung verbessert werden. Um den Einstieg in die berufliche Erstausbildung zu erleichtern, die Mobilität zu fördern und die Rückkehr in das Bildungssystem zu unterstützen, sollten flexible, modulare Strukturen entwickelt werden. Ferner sollten alle Bürger Zugang zu integrierten Systemen der lebenslangen Bildungsberatung haben. Dabei sollte der Erwachsenenbildung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

### *Beseitigung sozioökonomischer Benachteiligungen*

Allgemeine und berufliche Bildung können dazu beitragen, sozioökonomische Benachteiligungen zu überwinden, diese Benachteiligungen aber auch zementieren. Durch Ungerechtigkeiten in der allgemeinen und beruflichen Bildung entstehen hohe Kosten, die zwar oft versteckt anfallen, jedoch zweifellos existieren. Deshalb muss der Gewährleistung von Gerechtigkeit beim Zugang, bei der Teilhabe, bei der Behandlung der Lernenden und bei den Ergebnissen weiter Vorrang eingeräumt werden.

### *Das Potenzial von Migranten nutzen*

Durch die zunehmende Vielfalt der europäischen Gesellschaften entstehen zusätzliche Herausforderungen bei der Vermittlung allgemeiner und beruflicher Bildung. Leistungen, Teilhabe und Erfolgsquoten von Migranten liegen in der Regel unter dem Durchschnitt. Dies lässt sich zwar bis zu einem gewissen Maß durch Faktoren wie den sozioökonomischen Hintergrund und Sprachprobleme erklären; es gibt jedoch auch Belege dafür, dass die Bildungspolitik und die Bildungssysteme diesen Herausforderungen nicht gerecht werden und möglicherweise selbst zu dem Problem beitragen <sup>(3)</sup>. Dieser Umstand verdient im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der Migranten und die Förderung des interkulturellen Dialogs besondere Beachtung.

### *Qualitativ hochwertige Lehre*

Die Vorbereitung von Lehramtskandidaten auf den Beruf und die fortlaufende berufliche Entwicklung von Lehrkräften müssen verbessert werden. Dies wird sich positiv auf die Ergebnisse der allgemeinen und beruflichen Bildung auswirken. Auch ist es sehr wichtig, Lehrkräfte und Ausbilder in Innovationen und Reformen einzubinden. Die Kommission hat die Herausforderungen in diesem Bereich skizziert <sup>(4)</sup> und führt auch eine öffentliche Konsultation zur schulischen Bildung durch <sup>(5)</sup>. Das Arbeitsprogramm bietet einen geeigneten Rahmen für die Bewältigung der Herausforderungen.

<sup>(1)</sup> Siehe SEK(2007) 1098.

<sup>(2)</sup> KOM(2006) 481, S. 5.

<sup>(3)</sup> SEK(2007) 1284, S. 51.

<sup>(4)</sup> Mitteilung der Kommission „Verbesserung der Lehrerbildung“ (KOM(2007) 392).

<sup>(5)</sup> SEK(2007) 1009 „Schulen für das 21. Jahrhundert“.

#### 4.2. Innovation und Kreativität: Bildung als Schlüsselement des Wissensdreiecks

Bildung ist von grundlegender Bedeutung für das Wissensdreieck und somit für die Steigerung von Wachstum und Beschäftigung. Die Hochschulen stehen im Zentrum dieses Dreiecks. Exzellenzzentren, die sich auf Lehre, Forschung und Wissenstransfer konzentrieren, spielen hier eine entscheidende Rolle. Bei der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen bleibt jedoch noch viel zu tun.

Forschung und Innovation erfordern eine breite Qualifikationsbasis in der Bevölkerung. Deshalb muss in allen Systemen und auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung die Entwicklung von Spitzenleistungen und Schlüsselkompetenzen, insbesondere im Hinblick auf Unternehmergeist, Kreativität und Lernkompetenz vorangetrieben werden. Sowohl die schulische als auch die berufliche Bildung können umfassend zur Förderung der Innovation beitragen. So kann beispielsweise eine qualitativ hochwertige Berufsbildung zu mehr Innovation am Arbeitsplatz führen.

#### 4.3. Verbesserte Governance: die Ergebnisse des Programms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ optimal nutzen

Das Arbeitsprogramm hat auf europäischer und auf nationaler Ebene zu Ergebnissen geführt. Durch die Entwicklung europäischer Referenzinstrumente, die Arbeit der Cluster und die Peer-Learning-Maßnahmen erhalten die Mitgliedstaaten Anregungen und Unterstützung für ihre Reformen. Die Herausforderungen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Entwicklung der Humanressourcen stehen in den Lissabon-Reformprogrammen der meisten Mitgliedstaaten ganz oben auf der Prioritätenliste. Allerdings lassen sich bei der offenen Methode der Koordinierung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung Effizienz, Wirkung und das Engagement der Politik noch steigern. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sollte dabei folgenden Punkten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden:

- Verknüpfung der allgemeinen Bildungspolitik mit der Berufsbildungspolitik im Hinblick auf das lebenslange Lernen; Aufstellung strategischer Prioritäten für das gesamte System,
- Verbesserung der Schnittstellen mit anderen relevanten Politikbereichen, z. B. Innovation, Beschäftigung und Soziales, Unternehmen, Forschung und Strukturförderung,
- Integration der politischen Entwicklungen in den Bereichen Hochschulbildung, Berufsbildung und Erwachsenenbildung,
- enge Abstimmung bei der Durchführung und Weiterentwicklung der integrierten Leitlinien für den Lissabon-Prozess und des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ und stärkere Beachtung des lebenslangen Lernens im Rahmen der Lissabon-Strategie,
- gegenseitige Überprüfung der Entwicklung unter den einzelnen Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis durch Peer Learning oder Peer Review,
- Maßnahmen, die gewährleisten, dass die Ergebnisse der Peer-Learning-Aktivitäten bei den Ministern und anderen politischen Entscheidungsträgern ankommen,
- stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft,
- Weiterentwicklung der Indikatoren und Benchmarks gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom Mai 2007,
- optimale Ausschöpfung der gemeinschaftlichen Fonds und Programme, insbesondere des neuen Programms für lebenslanges Lernen 2007-2013 sowie der Instrumente der EU-Kohäsionspolitik.

Um zu gewährleisten, dass die Politik der Mitgliedstaaten den im Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ festgelegten Prioritäten uneingeschränkt Rechnung trägt, sollten die im Gemeinsamen Bericht 2006 genannten spezifischen Maßnahmen weitergeführt werden.

Es sollten Mechanismen für die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ sowie Strategien für lebenslanges Lernen eingeführt worden sein. Es ist eine enge Koordination mit den Akteuren notwendig, die für die allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere die Lissabon-Reformen und die nationalen Strategien für soziale Eingliederung, zuständig sind.

Die nationalen Zielvorgaben und Indikatoren sollten unter Berücksichtigung der europäischen Ziele und Benchmarks weiterentwickelt werden. Politik und Praxis sollten sich auf ein Fundament aus Wissen und Evaluierung stützen. Ferner sollten die auf europäischer Ebene festgelegten gemeinsamen Grundsätze, Leitlinien und Empfehlungen als Bezugspunkte für nationale Reformen dienen.



#### 4.4. Was kommt nach 2010?

Das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ bietet praktische Unterstützung für die Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung in den Mitgliedstaaten. Seit Lancierung des Programms im Jahr 2002 wurden beträchtliche Fortschritte erzielt, doch in der Bildung braucht es Zeit, bis Reformen Wirkung zeigen. Nach wie vor bestehen große Herausforderungen, und es sind neue hinzugekommen. Die Arbeiten, auch im Rahmen des Bologna- und des Kopenhagen-Prozesses, müssen deshalb fortgeführt und ihre Wirksamkeit verbessert werden. Deshalb sollte bereits jetzt über einen aktualisierten strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung nachgedacht werden. Da die allgemeine und berufliche Bildung in der Strategie für Wachstum und Beschäftigung eine zentrale Rolle spielt, ist eine enge Verknüpfung mit der weiteren Entwicklung des Lissabon-Prozesses unabdingbar.

---

## ANHANG 1

Länderspezifische Situation in Bezug auf die Annahme einer expliziten Strategie für lebenslanges Lernen, die Festlegung eines Qualifikationsrahmens, die Validierung des nichtformalen/informellen Lernens sowie nationale Zielvorgaben für die Benchmark-Bereiche.

J = Land verfügt bereits über eine Strategie/einen Rahmen/ein Validierungssystem/nationale Zielvorgaben.

E = Land entwickelt derzeit eine Strategie/einen Rahmen/ein Validierungssystem.

N = Land hat keinen Rahmen/kein Validierungssystem/keine nationalen Zielvorgaben.

P = Land hat politische Maßnahmen für lebenslanges Lernen ergriffen, verfügt jedoch nicht über eine explizite Strategie.

Länder	Explizite nationale Strategie für lebenslanges Lernen	Nationaler Qualifikationsrahmen	System zur Validierung des nichtformalen und informellen Lernens	Nationale Zielvorgaben für alle oder einige EU-Benchmark-Bereiche
AT	J	E	E	N
BE fr	J	E	J	J
BE nl	J	E	J	J
BG	E	E	E	N
CY	J	N	E	J
CZ	J	E	E	N
DE	J	E	N	N
DK	J	E	J	J
EE	J	E	E	J
EL	J	N	E	J
ES	J	E	E	J
FI	J	E	J	J
FR	P	J	J	J
HR	J	E	N	J
HU	J	E	N	J
IE	E	J	J	J
IS	P	N	E	N
IT	P	E	E	N
LI	P	N	N	N
LT	J	E	E	J
LU	P	E	E	N
LV	J	E	E	J
MT	E	J	N	J
NL	P	E	J	J
NO	J	N	J	N

Länder	Explizite nationale Strategie für lebenslanges Lernen	Nationaler Qualifikationsrahmen	System zur Validierung des nichtformalen und informellen Lernens	Nationale Zielvorgaben für alle oder einige EU-Benchmark-Bereiche
PL	E	E	E	J
PT	P	E	J	J
RO	E	E	E	J
SE	J	N	E	N
SI	E	E	J	J
SK	J	E	E	J
TR	E	E	N	N
UK	J	J	E	J

## ANHANG 2

## (STATISTISCHE DATEN)

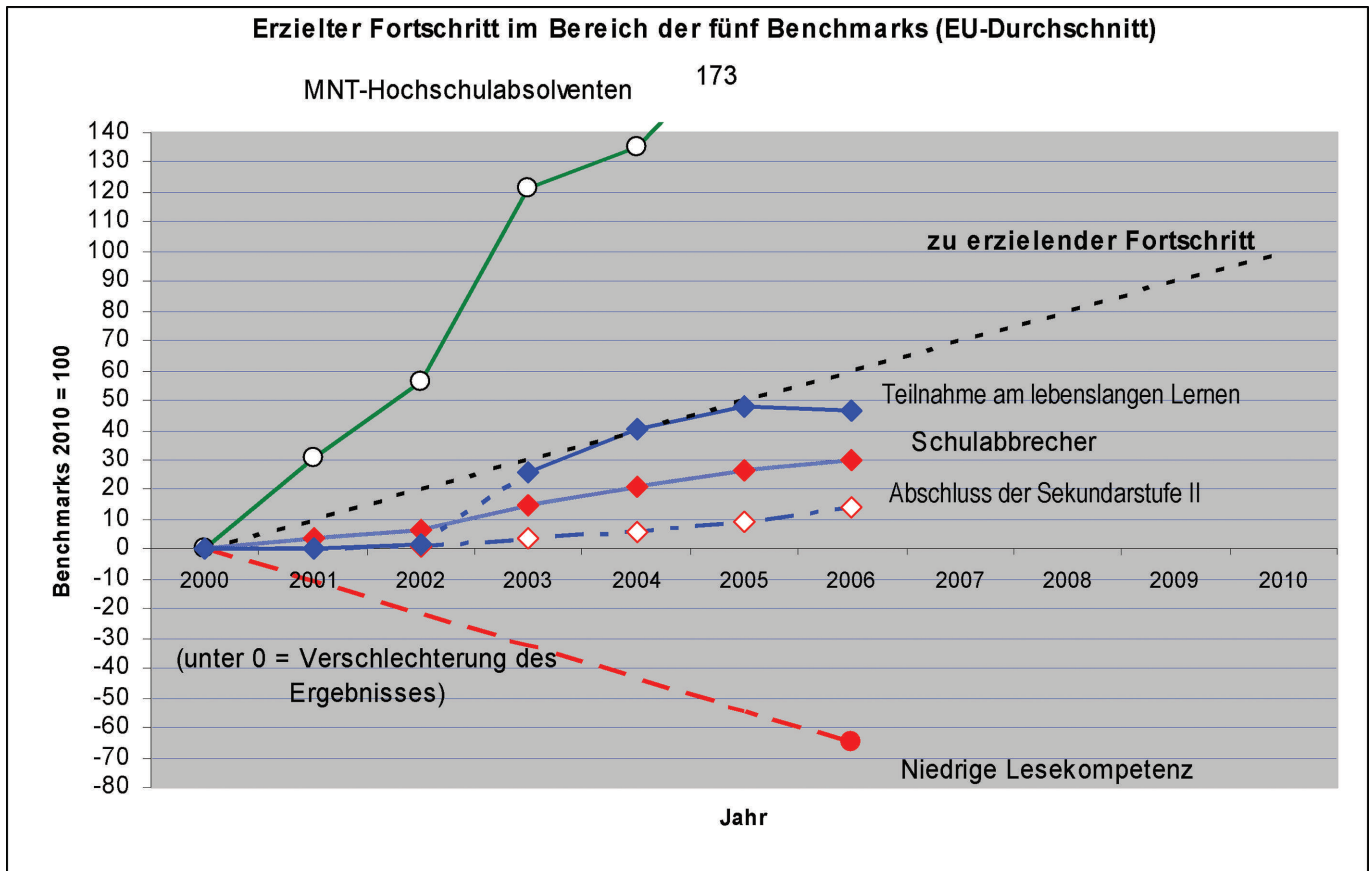
**FORTSCHRITT IM BEREICH DER FÜNF EUROPÄISCHEN DURCHSCHNITTSBEZUGSWERTE (BENCHMARKS) UND ANDERER SCHLÜSSELINDIKATOREN IM BEREICH DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG**

Grundlage: Arbeitsdokument der Kommission — „Progress towards the Lisbon Objectives in Education and Training — Indicators and Benchmarks“ — SEK(2007) 1284

**Länderkürzel**

<b>EU</b>	<b>Europäische Union</b>	PT	Portugal
BE	Belgien	RO	Rumänien
BG	Bulgarien	SI	Slowenien
CZ	Tschechische Republik	SK	Slowakei
DK	Dänemark	FI	Finnland
DE	Deutschland	SE	Schweden
EE	Estland	UK	Vereinigtes Königreich
EL	Griechenland		
ES	Spanien	<b>EEA</b>	<b>Europäischer Wirtschaftsraum</b>
FR	Frankreich	IS	Island
IE	Irland	LI	Liechtenstein
IT	Italien	NO	Norwegen
CY	Zypern		
LV	Lettland		<b>Beitrittskandidaten</b>
LT	Litauen	HR	Kroatien
LU	Luxemburg	TR	Türkei
HU	Ungarn		
MT	Malta		<b>Sonstige Länder</b>
NL	Niederlande	JP	Japan
AT	Österreich	US/USA	Vereinigte Staaten von Amerika
PL	Polen		

## ÜBERSICHT ÜBER DEN ERZIELTEN FORTSCHRITT IM BEREICH DER FÜNF BENCHMARKS



## Wichtige Ergebnisse:

- Was die Zahl der Hochschulabsolventen in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaft und Technik betrifft, so wird die Benchmark wahrscheinlich übertroffen, denn der nötige Fortschritt wurde bereits im Zeitraum 2000 bis 2003 erreicht.
- Im Bereich des lebenslangen Lernens sind gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Ein großer Teil davon ist jedoch auf Änderungen der Erhebungsmethoden in mehreren Mitgliedstaaten zurückzuführen, welche zu nominal höheren Teilnahmequoten geführt haben, so dass der allgemeine Fortschritt überzeichnet wird.
- Was den Schulabbruch betrifft, so verbessert sich die Situation kontinuierlich, jedoch sind noch schnellere Fortschritte nötig, um die Benchmark zu erreichen.
- Hinsichtlich des Abschlusses der Sekundarstufe II gibt es nur sehr geringe Fortschritte.
- Die Ergebnisse in Bezug auf die Schüler mit niedriger Lesekompetenz haben sich seit dem Jahr 2000 verschlechtert statt sich, wie entsprechend der Benchmark erforderlich, zu verbessern.

Methodische Anmerkungen: Der Ausgangspunkt im Jahr 2000 ist in der Abbildung als Nullpunkt festgelegt, die im Jahr 2010 zu erreichende Benchmark als 100. Die in jedem Jahr erreichten Fortschritte werden somit mit der Benchmark für 2010 verglichen. Die Diagonale zeigt den zu erzielenden Fortschritt, d. h. jedes Jahr müssten zusätzliche 10 % der Zielgröße geschafft werden, um die Benchmark zu erreichen. Wenn eine Linie unterhalb der Diagonale bleibt, ist der erzielte Fortschritt nicht ausreichend. Was das lebenslange Lernen betrifft, so gab es mehrere Zeitreihenbrüche: Vor allem zwischen 2002 und 2003 haben mehrere Länder ihre Erhebungsmethoden geändert, was zu höheren Ergebnissen ab 2003 geführt hat. Der zwischen 2002 und 2003 erzielte Fortschritt in Bezug auf diese Benchmark ist damit überzeichnet. Die Linie für das lebenslange Lernen ist deshalb zwischen 2002 und 2003 gestrichelt. Was den Anteil der Schüler mit niedriger Lesekompetenz betrifft (Daten aus der PISA-Studie), so gibt es lediglich zwei Bezugsjahre (2000, 2006) für die in der Vergleichsstudie berücksichtigten 19 Länder (vergleichbare Ergebnisse für 2003 nur für 16 Länder).

## ÜBERSICHT ÜBER DEN ERZIELTEN FORTSCHRITT IM BEREICH DER FÜNF BENCHMARKS

### Übersicht über die drei Benchmarks zur schulischen Bildung

Situation (letzte verfügbare Daten) und Fortschritt seit 2000	Niedrige Lesekompetenz (OECD/PISA) (15-Jährige, in %)	Schulabbrecher (Eurostat/LFS) (18- bis 24-Jährige, in %)	Abschluss der Sekundarstufe II (Eurostat/LFS) (20- bis 24-Jährige, in %)
EU-Durchschnitt 2006	24,1	15,3	77,8
EU-Durchschnitt 2000	21,3	17,6	76,6
Quelle:	OECD (PISA)	Eurostat (LFS)	Eurostat (LFS)
Belgien	0	0	0
Bulgarien	-	+	++
Tschechische Republik	-	0	0
Dänemark	++	+	++
Deutschland	++	+	-
Estland	/	+	++
Irland	0	++	++
Griechenland	-	+	++
Spanien	-	-	-
Frankreich	-	+	0
Italien	-	++	++
Zypern	: (*)	++	++
Lettland	++	+	++
Litauen	/	++	++
Luxemburg	0	-	-
Ungarn	++	+	0
Malta	:	++	++
Niederlande	-	++	++
Österreich	-	+	0
Polen	++	+	++

Situation (letzte verfügbare Daten) und Fortschritt seit 2000	Niedrige Lesekompetenz (OECD/PISA) (15-Jährige, in %)	Schulabbrecher (Eurostat/LFS) (18- bis 24-Jährige, in %)	Abschluss der Sekundarstufe II (Eurostat/LFS) (20- bis 24-Jährige, in %)
Portugal	++	+	++
Rumänien	-	++	+
Slowenien	/	(++)	++
Slowakei	-	-	-
Finnland	++	+	-
Schweden	-	-	+
Vereinigtes Königreich	/	++	+
Kroatien	:	++	++
Türkei	++	++	++
Island	-	+	++
Norwegen	-	++	-

Aktueller Stand (letzte Daten)

<b>Dunkel/grün</b>	Über EU-Durchschnitt
<b>Hell/rosa</b>	Unter EU-Durchschnitt
<b>Weiß</b>	Keine Angaben

Im Vergleich zum Jahr 2000

++ stärkere Verbesserung als der EU-Durchschnitt

+ Verbesserung, aber unter dem EU-Durchschnitt

0 Veränderung unter 1 % des Zahlenwerts bzw. bei der Lesekompetenz geringe Wahrscheinlichkeit einer signifikanten Veränderung

- Verschlechterung

() Ergebnisse nicht vergleichbar oder unzuverlässig

: Keine Angaben

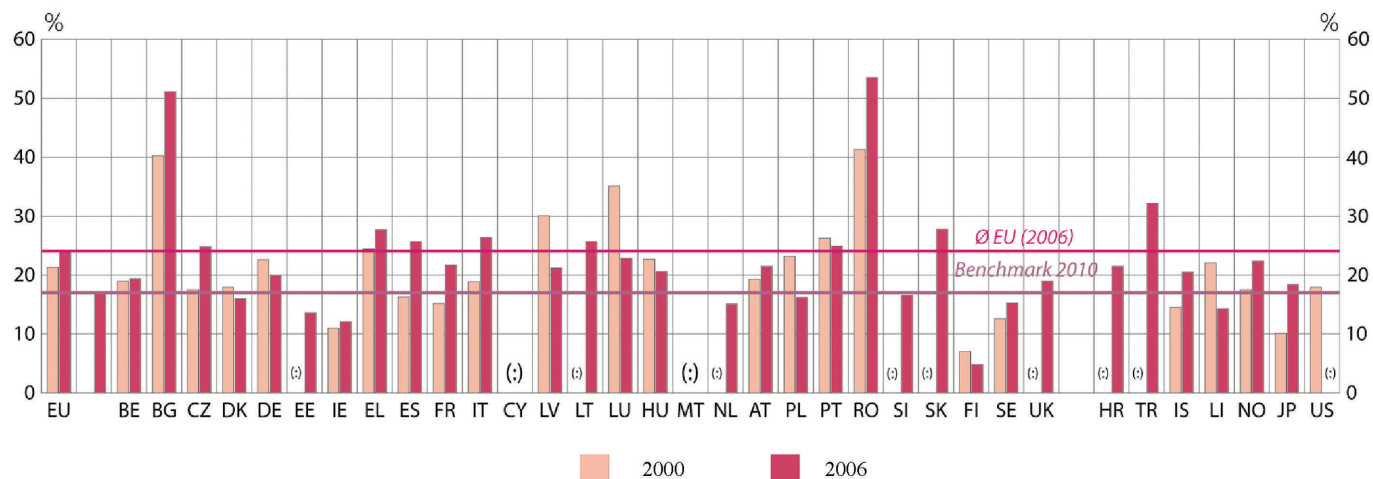
/ Keine Zeitreihen.

Bezüglich der niedrigen Lesekompetenz bezieht sich der Vergleich für LU, NL, SK und TR auf den Zeitraum 2003 bis 2006. Weitere Einzelheiten siehe Anmerkungen zu den Tabellen zu den einzelnen Benchmark-Bereichen.

(\*) CY konnte nicht teilnehmen, da keine Einigung unter den OECD-Mitgliedstaaten erzielt werden konnte.

## SCHLÜSSELKOMPETENZEN

Prozentsatz der Schüler, die höchstens die Kompetenzstufe I auf der PISA-Skala für Lesekompetenz erreichen  
(2000-2006)



%Anteil mit niedriger Lesekompetenz	Gesamtanteil		Mädchen	Jungen
	2000	2006	2006	2006
<b>EU-27</b>	21,3	24,1	17	30,4
Belgien	19,0	19,4	13,3	24,9
Bulgarien	40,3	51,1	40,4	60,9
Tschechische Republik	17,5	24,8	16,9	30,8
Dänemark	17,9	16,0	11,4	20,7
Deutschland	22,6	20,0	14,2	25,5
Estland	:	13,6	7,0	19,9
Irland	11,0	12,1	7,7	16,6
Griechenland	24,4	27,7	16,2	38,6
Spanien	16,3	25,7	18,9	32,3
Frankreich	15,2	21,7	16,5	27,3
Italien	18,9	26,4	19,9	33,0
Zypern	:	:	:	:
Lettland	30,1	21,2	12,8	30,1
Litauen	:	25,7	16,6	34,5



% - Anteil mit niedriger Lesekompetenz	Gesamtanteil		Mädchen	Jungen
	2000	2006	2006	2006
Luxemburg	(35,1)	22,9	17,4	28,2
Ungarn	22,7	20,6	13,2	27,3
Malta	:	:	:	:
Niederlande	(9,5)	15,1	11,6	18,5
Österreich	19,3	21,5	15,4	27,4
Polen	23,2	16,2	10,2	22,4
Portugal	26,3	24,9	19,6	30,7
Rumänien	41,3	53,5	43,5	63,5
Slowenien	:	16,5	7,9	25,2
Slowakei	:	27,8	20,1	35,0
Finnland	7,0	4,8	1,6	8,1
Schweden	12,6	15,3	9,6	20,7
Vereinigtes Königreich	(12,8)	19,0	14,1	24,0
Kroatien	:	21,5	12,6	30,5
Türkei	:	32,2	21,5	41,0
Island	14,5	20,5	12,5	28,3
Liechtenstein	22,1	14,3	11,1	18,0
Norwegen	17,5	22,4	14,9	29,4
Japan	10,1	18,4	13,3	23,5
Vereinigte Staaten	17,9	:	:	:

Quelle: OECD (PISA).

Im Jahr 2000 betrug der Anteil der 15-Jährigen mit niedriger Lesekompetenz in der EU 21,3 % (Angaben nur für 18 Mitgliedstaaten verfügbar). Gemäß der Benchmark sollte dieser Anteil bis 2010 um ein Fünftel verringert werden (und damit 17 % erreichen). Während der Anteil in einigen Mitgliedstaaten (vor allem in Deutschland, Polen und Lettland) zurückgegangen ist, ist er in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen; insgesamt ist auf EU-Ebene eine Verschlechterung zu verzeichnen (2006: 24,1 %).

#### Anmerkungen:

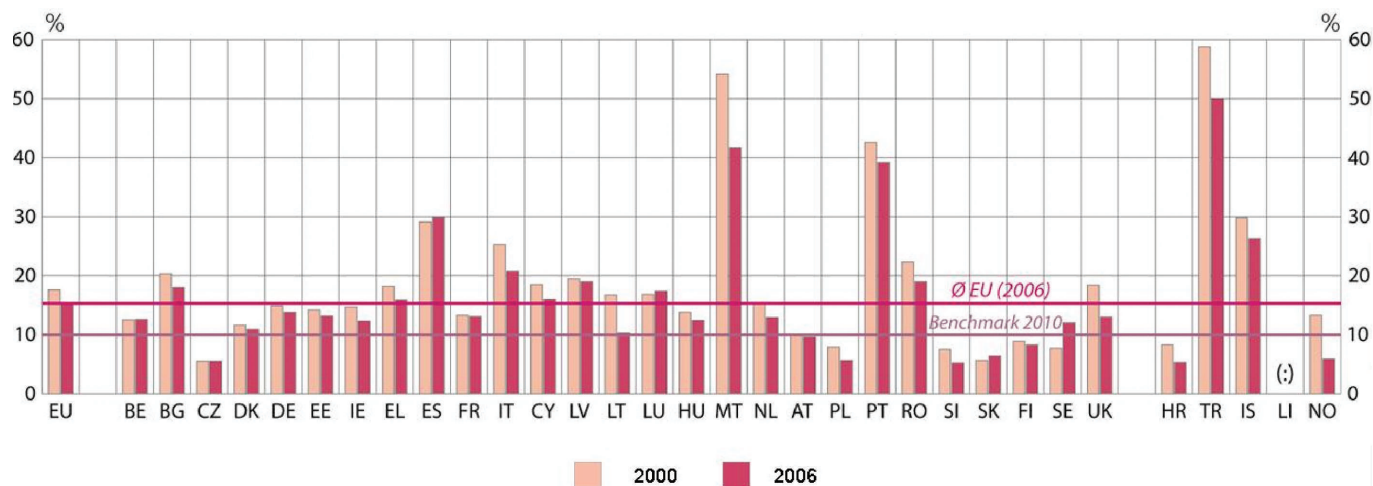
EU-Ergebnis: Durchschnitt gewichtet nach der Zahl der Schüler und basierend auf 19 EU-Ländern (Daten für LU, NL und UK nicht repräsentativ für 2000; ihre Ergebnisse wurden daher in Klammern gesetzt und in den Berechnungen nicht berücksichtigt).

MT konnte an der PISA-Studie nicht teilnehmen.

CY konnte nicht teilnehmen, da keine Einigung unter den OECD-Mitgliedstaaten erzielt werden konnte.

## SCHULABBRECHER

Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung absolvieren (2000-2006)



Schulabbrecher in %	Insgesamt		Frauen	Männer
	2000	2006	2006	2006
<b>EU-27</b>	17,6	15,3	13,2	17,5
Belgien	12,5	12,6	10,2	14,9
Bulgarien	20,3	18,0	17,9	18,2
Tschechische Republik	5,5	5,5	5,4	5,7
Dänemark	11,6	10,9	9,1	12,8
Deutschland	14,9	13,8	13,6	13,9
Estland	14,2	13,2	10,7 (u)	19,6 (u)
Irland	14,7	12,3	9,0	15,6
Griechenland	18,2	15,9	11,0	20,7
Spanien	29,1	29,9	23,8	35,8
Frankreich	13,3	13,1	11,2	15,1
Italien	25,3	20,8	17,3	24,3
Zypern	18,5	16,0	9,2	23,5
Lettland	19,5	19,0 (p)	16,1 (p)	21,6 (p)

Schulabbrecher in %	Insgesamt		Frauen	Männer
	2000	2006	2006	2006
Litauen	16,7	10,3	7,0 (u)	13,3 (u)
Luxemburg	16,8	17,4	14,0	20,9
Ungarn	13,8	12,4	10,7	14,0
Malta	54,2	41,7	38,8	44,6
Niederlande	15,5	12,9	10,7	15,1
Österreich	10,2	9,6	9,8	9,3
Polen	7,9	5,6	3,8	7,2
Portugal	42,6	39,2 (p)	31,8 (p)	46,4 (p)
Rumänien	22,3	19,0	18,9	19,1
Slowenien	7,5	5,2 (u)	3,3 (u)	6,9 (u)
Slowakei	5,6	6,4	5,5	7,3
Finnland	8,9	8,3 (p)	6,4 (p)	10,4 (p)
Schweden	7,7	12,0	10,7	13,3
Vereinigtes Königreich	18,4	13,0	11,4	14,6
Kroatien	8,3	5,3 (u)	5,3 (u)	5,3 (u)
Türkei	58,8	50,0	42,7	56,6
Island	29,8	26,3 (p)	22,0 (p)	30,5 (p)
Liechtenstein	:	:	:	:
Norwegen	13,3	5,9	4,3	7,4

Quelle: Eurostat (LFS-Erhebung Frühjahr)

(u) unzuverlässige oder unsichere Daten

(p) provisorischer Wert.

Im Jahr 2006 lag die Quote der Schulabbrecher in der EU-27 bei etwa 15 % der jungen Leute im Alter von 18 bis 24. In den letzten Jahren wurden kontinuierlich Fortschritte bei der Reduzierung dieses Anteils erzielt, jedoch sind noch schnellere Fortschritte notwendig, um bis 2010 das Ziel einer EU-Quote von 10 % zu erreichen. Allerdings erreichen mehrere Mitgliedstaaten, darunter vor allem die nordischen Länder und etliche der neuen Mitgliedstaaten, bereits Werte von unter 10 %.

#### Anmerkungen:

BG, PL, SI: Ergebnisse aus 2001 statt 2000.

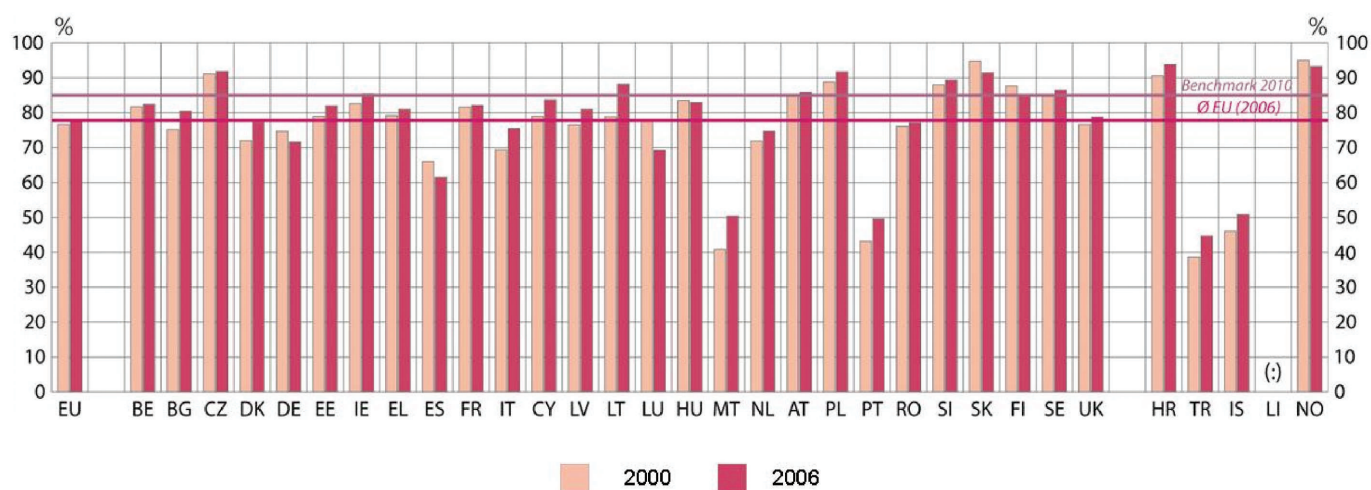
CZ, IE, LV, SK, HR: Ergebnisse aus 2002 statt 2000.

CY: Die Vergleichbarkeit der Daten auf internationaler Ebene wird durch eine Reihe spezieller Faktoren beeinflusst, darunter die große Zahl von Zyprioten, die im Ausland studieren. CY ist daher bei den Ergebnissen unterbewertet.

EE: Für Frauen Ergebnisse aus 2005 statt 2006.

## ABSCHLUSS DER SEKUNDARSTUFE II (JUNGE ERWACHSENE)

Anteil der 20- bis 24-Jährigen, die mindestens die Sekundarstufe II abgeschlossen haben (2000-2006)



Abschluss Sekundarstufe II	Insgesamt		Frauen	Männer
	2000	2006	2006	2006
<b>EU-27</b>	76,6	77,8	80,7	74,8
Belgien	81,7	82,4	85,6	79,1
Bulgarien	75,2	80,5 (p)	81,1 (p)	80,0 (p)
Tschechische Republik	91,2	91,8	92,4	91,1
Dänemark	72,0	77,4	81,5	73,4
Deutschland	74,7	71,6	73,5	69,8
Estland	79,0	82,0	89,8	74,1
Irland	82,6	85,4	89,1	81,8
Griechenland	79,2	81,0 (p)	86,6 (p)	75,5 (p)
Spanien	66,0	61,6	69,0	54,6
Frankreich	81,6	82,1	84,3	80,0
Italien	69,4	75,5 (p)	79,4 (p)	71,7 (p)
Zypern	79,0	83,7 (p)	90,7 (p)	76,1 (p)
Lettland	76,5	81,0	86,2	75,9
Litauen	78,9	88,2	91,2	85,3

Abschluss Sekundarstufe II	Insgesamt		Frauen	Männer
	2000	2006	2006	2006
Luxemburg	77,5	69,3	74,5	64,0
Ungarn	83,5	82,9	84,7	81,2
Malta	40,9	50,4 (p)	52,8 (p)	48,1 (p)
Niederlande	71,9	74,7	79,6	69,9
Österreich	85,1	85,8	86,7	84,9
Polen	88,8	91,7	93,8	89,6
Portugal	43,2	49,6	58,6	40,8
Rumänien	76,1	77,2 (p)	77,8 (p)	76,6 (p)
Slowenien	88,0	89,4	91,4	87,7
Slowakei	94,8	91,5	91,7	91,2
Finnland	87,7	84,7 (p)	87,0 (p)	82,3 (p)
Schweden	85,2	86,5	88,6	84,5
Vereinigtes Königreich	76,6	78,8	80,3	77,3
Kroatien	90,6	93,8	94,9	92,8
Türkei	38,6	44,7	51,7	38,9
Island	46,1	50,8 (p)	57,7 (p)	44,5 (p)
Liechtenstein	:	:	:	:
Norwegen	95,0	93,3 (p)	95,4 (p)	91,2 (p)

Quelle: Eurostat (LFS)

(p) provisorischer Wert

HR: 2002 statt 2000, 2005 statt 2006.

Der Anteil der 20- bis 24-Jährigen, die mindestens die Sekundarstufe II abgeschlossen haben, hat sich seit dem Jahr 2000 nur leicht erhöht. Somit sind in Bezug auf das Erreichen der Benchmark von 85 % bis 2010 auf EU-Ebene nur geringe Fortschritte erzielt worden. Jedoch haben einzelne Länder mit relativ geringem Anteil, vor allem Portugal und Malta, in der jüngsten Vergangenheit beträchtliche Fortschritte erzielt. Erwähnenswert ist zudem, dass viele der neuen Mitgliedsländer die für das Jahr 2010 gesetzte Benchmark bereits übertreffen und dass vier von ihnen, nämlich die Tschechische Republik, Polen, Slowenien und die Slowakei sowie auch Norwegen und Kroatien bereits Anteile von 90 % und mehr erreichen.

#### Anmerkungen:

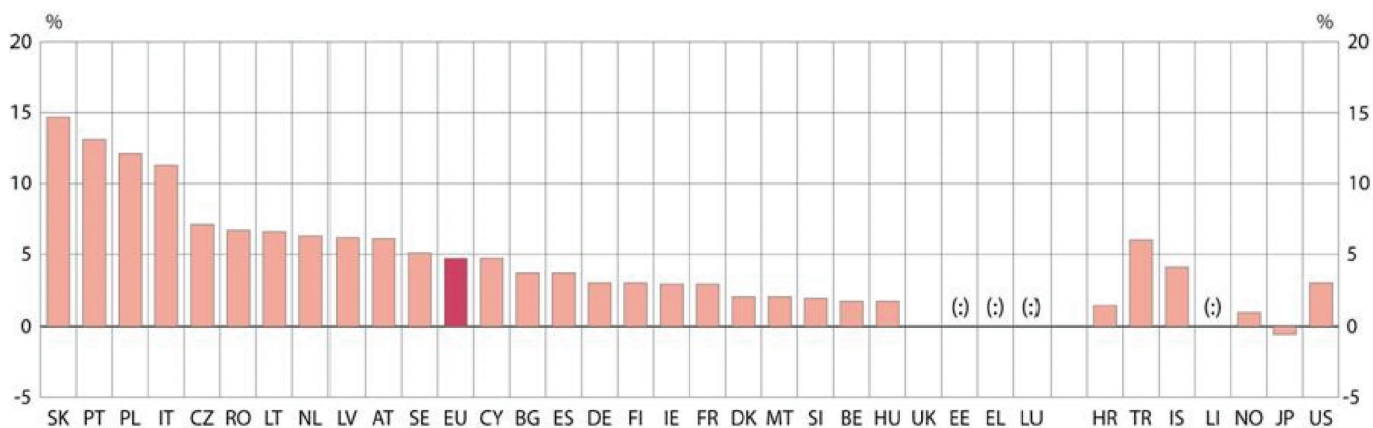
CY: Die Vergleichbarkeit der Daten auf internationaler Ebene wird durch eine Reihe spezieller Faktoren beeinflusst, darunter die große Zahl von Zyprioten, die im Ausland studieren. CY ist daher bei den Ergebnissen unterbewertet.

Seit der Veröffentlichung vom 5. Dezember 2005 wendet Eurostat eine verfeinerte Definition des erreichten Ausbildungsniveaus „Sekundarstufe II“ an, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse in der EU zu verbessern. Für die Daten ab 1998 fallen ISCED-3C-Niveaus von einer Dauer von unter 2 Jahren nicht mehr unter „Sekundarstufe II“, sondern unter „Sekundarstufe I“. Diese Veränderung hat Berichtigungen der Ergebnisse in DK (ab 2001), ES, CY und IS zur Folge. Die Definition kann jedoch in EL, IE und AT noch nicht implementiert werden, wo alle ISCED-3C-Niveaus noch einbezogen werden.

## HOCHSCHULABSOLVENTEN IN DEN BEREICHEN MATHEMATIK, NATURWISSENSCHAFTEN UND TECHNIK (MNT)

Zunahme des Anteils der Absolventen mathematischer, naturwissenschaftlicher und technischer Studiengänge in %

Durchschnittliche jährliche Zunahme 2000-2005



	Absolventen pro 1 000 Einwohner (20-29)	Durchschnittliche Zunahme pro Jahr	Anteil der weiblichen Absolventen in %	
	2005	2000-2005	2000	2005
<b>EU-27</b>	13,1	4,7	30,8	31,2
Belgien	10,9	1,8	25,0	27,3
Bulgarien	8,6	3,8	45,6	41,1
Tschechische Republik	8,2	7,1	27,0	27,4
Dänemark	14,7	2,1	28,5	33,9
Deutschland	9,7	3,1	21,6	24,4
Estland	12,1	:	35,4	43,5
Irland	24,5	3,0	37,9	30,5
Griechenland	10,1	:	:	40,9
Spanien	11,8	3,8	31,5	29,6
Frankreich	22,5	3,0	30,8	28,4
Italien	13,3	11,3	36,6	37,1
Zypern	3,6	4,7	31,0	38,1
Lettland	9,8	6,2	31,4	32,8
Litauen	18,9	6,6	35,9	35,2
Luxemburg	:	:	:	:
Ungarn	5,1	1,8	22,6	30,0
Malta	3,4	2,1	26,3	30,1
Niederlande	8,6	6,3	17,6	20,3
Österreich	9,8	6,1	19,9	23,3

	Absolventen pro 1 000 Einwohner (20-29)	Durchschnittliche Zunahme pro Jahr	Anteil der weiblichen Absolventen in %	
	2005	2000-2005	2000	2005
Polen	11,1	12,1	35,9	36,6
Portugal	12,0	13,1	41,9	39,9
Rumänien	10,3	6,7	35,1	40,0
Slowenien	9,8	2,0	22,8	26,2
Slowakei	10,2	14,7	30,1	35,3
Finnland	17,7	3,1	27,3	29,7
Schweden	14,4	5,1	32,1	33,8
Vereinigtes Königreich	18,4	- 0,1	32,1	30,8
Kroatien	5,7	1,5	:	32,7
Türkei	5,7	6,0	31,1	28,5
Island	10,1	4,1	37,9	37,2
Liechtenstein	12,7	:	:	28,6
Norwegen	9,0	1,0	26,8	26,0
Japan	13,7	- 1,1	12,9	14,7
USA	10,6	3,1	31,8	31,1

Quelle: Eurostat (UOE) und Berechnungen anhand Eurostat-Daten.

Die Zahl der Hochschulabsolventen in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik (MNT) ist in der EU-27 seit dem Jahr 2000 um über 170 000, d. h. um mehr als 25 % gestiegen. Die EU hat damit die Benchmark, die Zahl der Absolventen bis 2010 um mindestens 15 % zu erhöhen, bereits erreicht. Geringere Fortschritte wurden in Bezug auf den Abbau des Ungleichgewichts zwischen Männern und Frauen erreicht. Der Anteil der weiblichen MNT-Absolventen stieg von 30,8 % im Jahr 2000 auf 31,2 % im Jahr 2005. Während die Slowakei, Portugal und Polen das stärkste Wachstum bei der Zahl der MNT-Absolventen in den letzten Jahren aufwiesen (> 12 %), schneiden Bulgarien, Estland, Griechenland und Rumänien am besten ab, was das Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen betrifft.

#### Anmerkungen:

Für Länder mit Zeitreihenbrüchen wurden die Zuwachsraten für die Jahre ohne Brüche berechnet. PL: Jahre 2001-2005, RO: 2000-2002 und 2003-2005, HR: 2003-2005, SE: 2000-2003, HU: 2000-2003.

BE: Angaben für die Flämische Gemeinschaft ohne zweite Abschlüsse im nicht-universitären Tertiärbereich und ohne die (wenigen) unabhängigen privaten Einrichtungen und die deutschsprachige Gemeinschaft.

EE: Für das Jahr 2000 wurden Daten aus der nationalen Statistik genutzt.

IT: Für 2005 von der Kommission geschätzte Zahlen.

CY: Die Angaben schließen Studenten, die im Ausland studieren oder ihren Abschluss machen, nicht ein. Über die Hälfte der zypriotischen Studenten studieren im Ausland.

LU: Luxemburg hat kein voll entwickeltes Hochschulsystem; die meisten MNT-Studenten studieren im Ausland und machen dort ihren Abschluss.

AT: 2000: ISCED-Kategorie 5B bezieht sich auf das Vorjahr. HU: 2004: Änderungen bei der Datenerhebung zu Absolventen nach Bereichen hat zu Brüchen in den Zeitreihen geführt.

PL: Die Angaben für das Jahr 2000 schließen fortgeschrittene forschungsorientierte Studiengänge (ISCED 6) nicht ein.

RO: Die Angaben für 2000 bis 2002 schließen zweite Abschlüsse und fortgeschrittene forschungsorientierte Studiengänge (ISCED 6) nicht ein, so dass 2003 ein Bruch vorliegt.

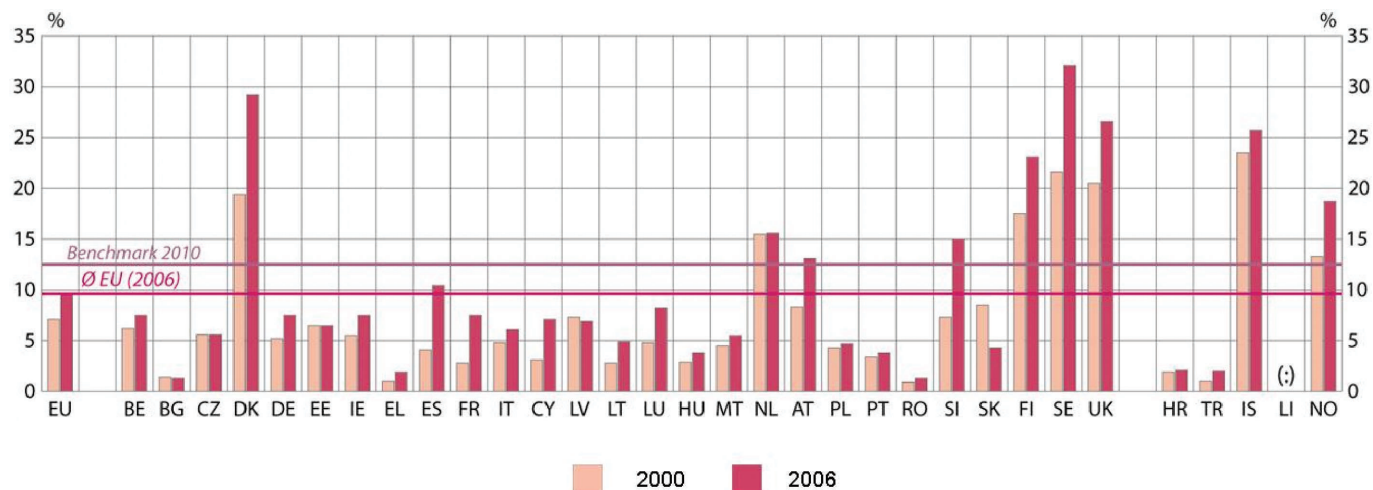
SE: 2004: Änderungen bei der Datenerhebung zu Absolventen nach Bereichen hat zu Brüchen der Zeitreihen geführt.

UK: Für das Jahr 2000 wurden Daten aus der nationalen Statistik genutzt.

LI: Für 2003-2004 sind Studenten, die im Ausland studieren oder ihren Abschluss machen, nicht erfasst.

## TEILNAHME AM LEBENSLANGEN LERNEN

Prozentsatz der 25- bis 64-Jährigen, die in den vier Wochen vor der Erhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben (2000-2006)



Teilnehmer Lebenslanges Lernen in % Quelle: Eurostat			Frauen	Männer
	2000	2006	2006	2006
<b>EU-27</b>	7,1	9,6	10,4	8,8
Belgien	6,2	7,5 (p)	7,6 (p)	7,4 (p)
Bulgarien	1,4	1,3	1,3	1,3
Tschechische Republik	5,6	5,6	5,9	5,4
Dänemark	19,4	29,2	33,8	24,6
Deutschland	5,2	7,5	7,3	7,8
Estland	6,5	6,5	8,6	4,2 (u)
Irland	5,5	7,5	8,9	6,1
Griechenland	1,0	1,9	1,8	2,0
Spanien	4,1	10,4	11,5	9,3
Frankreich	2,8	7,5	7,8	7,2
Italien	4,8	6,1	6,5	5,7
Zypern	3,1	7,1	7,8	6,5



Teilnehmer Lebenslanges Lernen in % Quelle: Eurostat			Frauen	Männer
	2000	2006	2006	2006
Lettland	7,3	6,9 (p)	9,3 (p)	4,1 (p)
Litauen	2,8	4,9 (p)	6,6 (p)	2,9 (u)
Luxemburg	4,8	8,2	8,7	7,6
Ungarn	2,9	3,8	4,4	3,1
Malta	4,5	5,5	5,6	5,5
Niederlande	15,5	15,6	15,9	15,3
Österreich	8,3	13,1	14,0	12,2
Polen	4,3	4,7	5,1	4,3
Portugal	3,4	3,8 (p)	4,0 (p)	3,7 (p)
Rumänien	0,9	1,3	1,3	1,3
Slowenien	7,3	15,0	16,3	13,8
Slowakei	8,5	4,3	4,6	4,0
Finnland	17,5	23,1	27,0	19,3
Schweden	21,6	32,1	36,5	27,9
Vereinigtes Königreich	20,5	26,6	31,2 (p)	31,2
Kroatien	1,9	2,1	2,1	2,0
Türkei	1,0	2,0	2,4	1,6
Island	23,5	25,7	29,8	21,6
Norwegen	13,3	18,7	20,2	17,2

Quelle: Eurostat (LFS), (p) = provisorische Daten, (u) = unzuverlässige oder unsichere Daten.

Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die in den vier Wochen vor der Erhebung an Bildungsmaßnahmen teilgenommen haben, belief sich im Jahr 2006 auf 9,6 %. Der erreichte Fortschritt wird aufgrund von Zeitreihenbrüchen überzeichnet; der tatsächliche Zuwachs war gering. Zusätzliche Anstrengungen sind nötig, um die Benchmark einer Teilnahmequote von 12,5 % bis 2010 erreichen zu können <sup>(1)</sup>. Die nordischen Länder, das Vereinigte Königreich, Slowenien und die Niederlande weisen zur Zeit die höchsten Teilnahmequoten auf.

#### Anmerkungen:

Durch die Einführung harmonisierter Konzepte und Definitionen in der Erhebung waren in mehreren Ländern für verschiedene Jahre (zwischen 2000 und 2006) Zeitreihenbrüche zu verzeichnen.

BG, PL, SI: 2001 statt 2000.

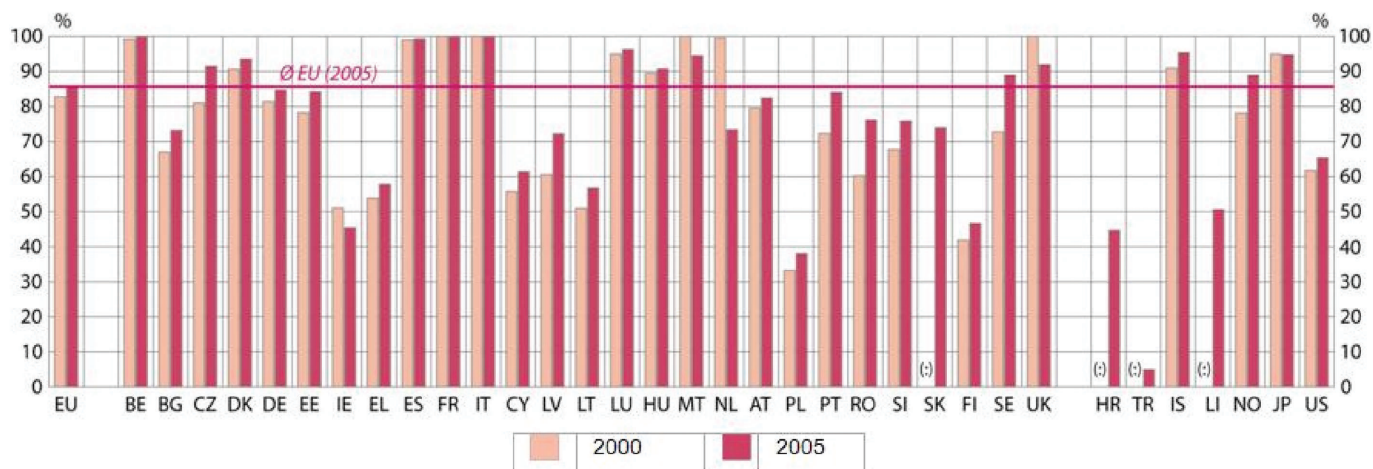
CZ, IE, LV, SK, HR: 2002 statt 2000.

SE, HR, IS: 2005 statt 2006.

<sup>(1)</sup> Die Daten, die benutzt wurden, um die Benchmark zu bewerten, beziehen sich auf einen Teilnahmezeitraum von 4 Wochen (LFS 2004). Ein längerer Bezugszeitraum würde zu höheren Werten führen. Eurostat-Zahlen aus dem Ad-hoc-Modul zum lebenslangen Lernen, das 2003 in die Arbeitskräfteerhebung eingeschlossen wurde und welches sich auf einen Zwölfmonatszeitraum bezieht, zeigen eine Teilnahmequote von 42 % (4,4 % im formellen Bildungsbereich und 16,5 % im nicht-formellen Bereich, und fast jeder dritte Europäer gab an, die eine oder andere Art von informellem Lernen genutzt zu haben).

## TEILNAHME AN DER VORSCHULBILDUNG

## Anteil der an der Vorschulbildung teilnehmenden 4-Jährigen (2000-2005)



Anteil der teilnehmenden 4-Jährigen in %	2000	2004	2005
<b>EU-27</b>	82,8	84,6	85,7
Belgien	99,2	99,9	100
Bulgarien	67,0	72,6	73,2
Tschechische Republik	81,0	91,2	91,4
Dänemark	90,6	93,4	93,5
Deutschland	81,4	84,3	84,6
Estland	78,2	83,9	84,2
Irland	51,1	46,6	45,4
Griechenland	53,9	57,2	57,8
Spanien	99,0	100	99,3
Frankreich	100	100	100
Italien	100	100	100
Zypern	55,7	61,2	61,4
Lettland	60,6	69,1	72,2
Litauen	51,0	54,5	56,8
Luxemburg	94,9	83,5	96,3
Ungarn	89,5	92,3	90,7

Anteil der teilnehmenden 4-Jährigen in %	2000	2004	2005
Malta	1,0	97,5	94,4
Niederlande	99,5	74,0	73,4
Österreich	79,5	82,1	82,5
Polen	33,3	35,7	38,1
Portugal	72,3	79,9	84,0
Rumänien	60,3	75,2	76,2
Slowenien	67,7	77,8	75,9
Slowakei	:	71,7	74,0
Finnland	41,9	46,1	46,7
Schweden	72,8	87,7	88,9
Vereinigtes Königreich	100	92,9	91,8
Kroatien	:	42,4	44,7
Türkei	:	3,4	5,0
Island	90,9	95,1	95,3
Liechtenstein	:	52,2	50,6
Norwegen	78,1	86,9	88,9
Japan	94,9	95,2	94,7
USA	61,7	64,1	65,3

Quelle: Eurostat (UOE).

Zwischen 2000 und 2005 stieg in der EU-27 der Anteil der 4-Jährigen, die Bildungseinrichtungen (zumeist im Rahmen der Vorschul-, in einigen Ländern auch bereits der Primarbildung) besuchen, um etwa 3 Prozentpunkte auf über 85 %, 2005 besuchten in Frankreich, Belgien, Italien und Spanien fast alle 4-Jährigen (mehr als 99 %) eine Bildungseinrichtung, während die Teilnahmequoten in Irland, Polen und Finnland unter 50 % lagen.

*Anmerkungen:*

Die Angaben beinhalten die Teilnahme sowohl an der Vorschul- als auch der Primarbildung.

BE: Unabhängige private Einrichtungen — die allerdings nur von sehr wenigen Kindern besucht werden — sind nicht berücksichtigt. Für die deutschsprachige Gemeinschaft liegen keine Angaben vor.

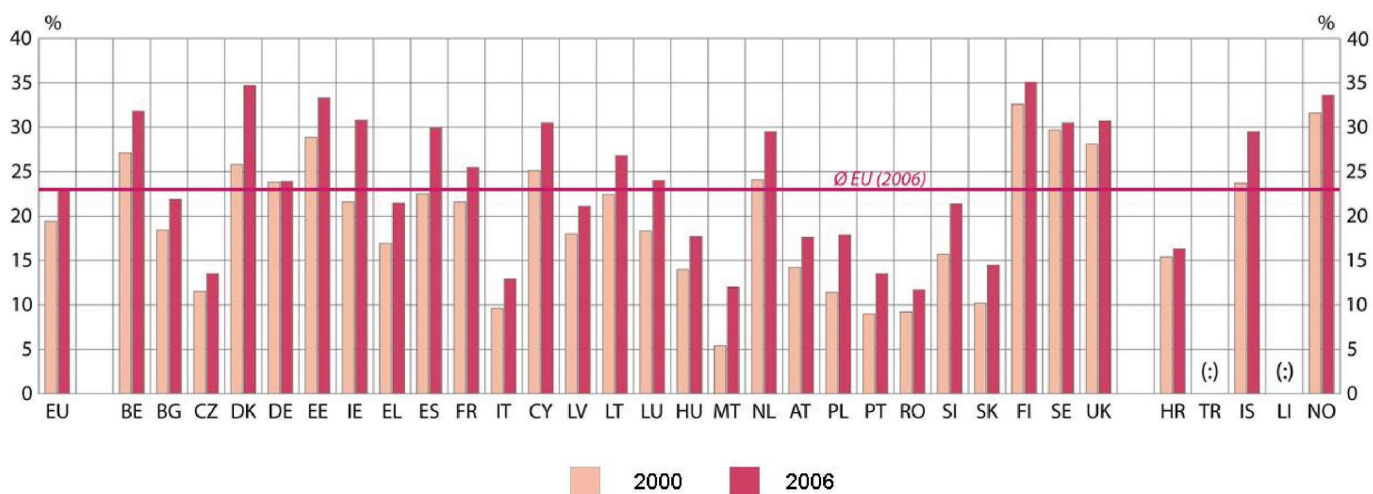
IE: Bildungsmaßnahmen der ISCED-Kategorie 0 werden nicht offiziell erfasst. Zwar besuchen zahlreiche Kinder Bildungseinrichtungen auf dieser Ebene, doch liegen hierzu größtenteils keine Daten vor.

NL: Im Jahr 2002 wurde der Referenzzeitpunkt für die Erfassung dieser Daten vom 31. Dezember auf den 1. Oktober verlegt.

FI: Die Angaben erfassen den Besuch von Kindergärten, nicht aber von sonstigen Kindertagesstätten.

## BILDUNGSABSCHLÜSSE (ERWACHSENE)

## Erwachsene (25- bis 64-jährige) mit Hochschulabschluss



Anteil der Erwachsenen (25-64) mit Hochschulabschluss in %

	2000	2006
<b>EU-27</b>	19,4	22,9
Belgien	27,1	31,8
Bulgarien	18,4	21,9
Tschechische Republik	11,5	13,5
Dänemark	25,8	34,7
Deutschland	23,8	23,9
Estland	28,9	33,3
Irland	21,6	30,8
Griechenland	16,9	21,5
Spanien	22,5	29,9
Frankreich	21,6	25,5
Italien	9,6	12,9
Zypern	25,1	30,5
Lettland	18,0	21,1

Anteil der Erwachsenen (25-64) mit Hochschulabschluss in %		
	2000	2006
Litauen	22,4	26,8
Luxemburg	18,3	24,0
Ungarn	14,0	17,7
Malta	5,4	12,0
Niederlande	24,1	39,5
Österreich	14,2	17,6
Polen	11,4	17,9
Portugal	9,0	13,5
Rumänien	9,2	11,7
Slowenien	15,7	21,4
Slowakei	10,2	14,5
Finnland	32,6	35,1
Schweden	29,7	30,5
Vereinigtes Königreich	28,1	30,7
Kroatien	15,4	16,3
Island	23,7	29,5
Norwegen	31,6	33,6

Quelle: Eurostat (LFS).

Im Jahr 2006 verfügten 23 % der EU-Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter über einen Hochschulabschluss, was einem Anstieg um mehr als 3 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2000 entspricht. In Finnland, Dänemark und Estland war der Anteil der Hochschulabsolventen am höchsten; in einigen Mitgliedstaaten lag er noch bei unter 15 %. In einigen dieser Länder ist die Zahl der Immatrikulierten in der jüngsten Zeit allerdings erheblich gestiegen.

*Anmerkungen:*

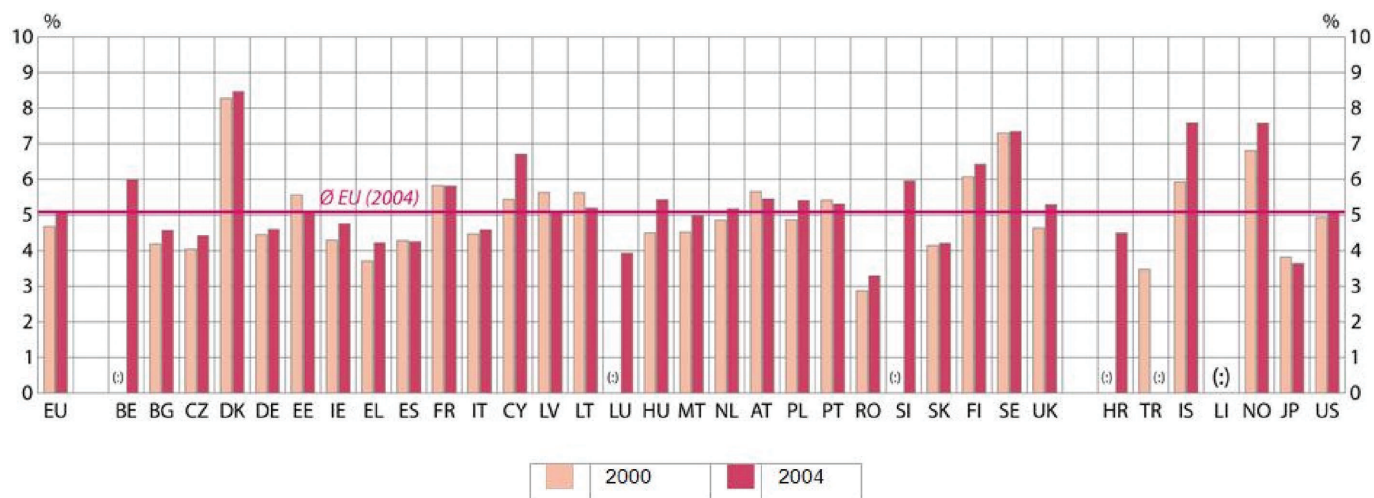
Der Bereich der Hochschulbildung umfasst die ISCED-Kategorien 5 und 6.

LT: Ergebnisse von 2001 statt 2000.

HR: Ergebnisse von 2002 statt 2000.

## INVESTITIONEN IN DIE HUMANRESSOURCEN

## Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung in Prozent des BIP (2000-2004)



Anteil der Bildungsausgaben am BIP in %	Öffentlich			Privat
	2000	2003	2004	2004
<b>EU-27</b>	4,68	5,17	5,09	0,64
Belgien	:	6,06	5,99	0,34
Bulgarien	4,19	4,24	4,57	0,65
Tschechische Republik	4,04	4,51	4,42	0,61
Dänemark	8,28	8,33	8,47	0,32
Deutschland	4,45	4,71	4,60	0,91
Estland	5,57	5,43	5,09	:
Irland	4,29	4,41	4,75	0,32
Griechenland	3,71	3,94	4,22	0,20
Spanien	4,28	4,28	4,25	0,61
Frankreich	5,83	5,88	5,81	0,54
Italien	4,47	4,74	4,59	0,46
Zypern	5,44	7,30	6,71	1,17
Lettland	5,64	5,32	5,08	0,82
Litauen	5,63	5,18	5,20	0,48
Luxemburg	:	3,80	3,93	:
Ungarn	4,50	5,85	5,43	0,52

Anteil der Bildungsausgaben am BIP in %	Öffentlich			Privat
	2000	2003	2004	2004
Malta	4,52	4,78	4,99	0,46
Niederlande	4,86	5,12	5,18	0,50
Österreich	5,66	5,50	5,45	0,39
Polen	4,87	5,62	5,41	0,59
Portugal	5,42	5,61	5,31	0,13
Rumänien	2,88	3,44	3,29	:
Slowenien	:	6,02	5,96	0,86
Slowakei	4,15	4,34	4,21	0,76
Finnland	6,08	6,41	6,43	0,13
Schweden	7,31	7,47	7,35	0,20
Vereinigtes Königreich	4,64	5,38	5,29	0,95
Kroatien	:	4,53	4,50	:
Türkei	3,48	3,74	:	:
Island	5,93	7,81	7,59	0,75
Norwegen	6,81	7,62	7,58	0,05
Japan	3,82	3,70	3,65	1,23
Vereinigte Staaten	4,94	5,43	5,12	2,37

Quelle: Eurostat (UOE). Ergebnisse auf EU-Ebene sind Schätzungen der Kommission. Ergebnis für das Jahr 2000 ist eine Schätzung der GD Bildung und Kultur.

Zwischen 2000 und 2003 sind die öffentlichen Ausgaben für den Bildungsbereich, gemessen als Prozentanteil am BIP, in den EU-Mitgliedstaaten erheblich gestiegen. 2004 hat sich dieser Aufwärtstrend jedoch nicht fortgesetzt; verglichen mit dem Vorjahr war ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Aufgrund des BIP-Wachstums sind die öffentlichen Ausgaben für den Bildungsbereich in absoluten Zahlen allerdings dennoch gestiegen. Die verfügbaren Daten zeigen starke Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern bei der Höhe der Ausgaben.

*Anmerkungen:*

Die Angaben umfassen die formale Bildung einschließlich der formalen Erwachsenenbildung.

Der Begriff „privat“ bezieht sich auf Ausgaben für Bildungseinrichtungen aus privaten Quellen.

DK: Ausgaben für post-sekundäre nicht-tertiäre Bildungsbereiche nicht verfügbar.

EL, LU, PT: Daten zu fiktiven Rentenausgaben nicht verfügbar.

CY: Einschließlich Finanzhilfen für im Ausland studierende Studenten.

PL, SK, NO: Einschließlich Ausgaben für den Vorschulbereich.

FR: Ohne französische Übersee-Departements.

HR: Ausgaben für Bildungseinrichtungen aus öffentlichen Finanzquellen.

LU: Ausgaben für den Tertiärbereich nicht eingeschlossen.

PT: Ausgaben auf lokaler Ebene nicht eingeschlossen.

UK, JP, USA: Anpassung des BIP an das Finanzjahr, das vom Kalenderjahr abweicht.

TR, IS: Ausgaben für den Vorschulbereich nicht enthalten.

TR: Ausgaben auf regionaler und lokaler Ebene nicht eingeschlossen.

USA: Ausgaben für Bildungseinrichtungen aus öffentlichen Finanzquellen.